

Antrag 13/I/2025**Jusos****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Landtagsfraktion (Konsens)****Vergütungspflicht für Pflichtpraktika im Studium und schulischer Ausbildung sowie Famulatur**

1 Der SPD-Landesparteitag fordert, dass die SPD-
2 Brandenburg sich für die Einführung einer Vergü-
3 tungspflicht für Pflichtpraktika im Studium und
4 schulischer Ausbildung sowie für Famulaturen ein-
5 setzt. Die Höhe der Vergütung hat sich nach den je-
6 weils aktuellen Höchstsätzen des BaföG oder BAB
7 (Berufs Ausbildungs-Hilfe) zu richten muss mindes-
8 tens aber bei 538,00 EUR im Monat (Minijob) liegen.
9 Die Vergütung hat Steuer- und Sozialabgabenfrei zu
10 sein.

11

Begründung

13 - Unbezahlte Pflichtpraktika sind ein Faktor,
14 der soziale Ungleichheit befördert. Menschen, die
15 während ihres Studiums/ihrer Ausbildung über we-
16 niger finanzielle Mittel verfügen, sind mitunter da-
17 zu gezwungen, sich nur auf Praktikumsstellen zu be-
18 werben, die finanziell vergütet werden, auch ent-
19 gegen ihrer Interessen. Das befördert die Bildungs-
20 chancenungleichheit.

21 - In vielen Studiengängen und schulischen
22 Ausbildungen sind Pflichtpraktika ein Teil der Ausbil-
23 dung. Da Pflichtpraktika i.d.R. in Vollzeit absolviert
24 werden müssen, bleibt den Betroffenen oftmals nur
25 noch an Wochenenden Zeit für Neben-/Minijobs.
26 Das kann Menschen an ihre gesundheitlichen Gren-
27 zen bringen.

28 - Famulaturen sind Pflichtpraktika, die Me-
29 dizinstudent*innen i.d.R. in den Semesterferien im
30 Verlauf ihres Studiums absolvieren müssen. Famu-
31 laturen sind mehrheitlich nicht vergütet. Auch wenn
32 Famulaturen dazu genutzt werden sollen, Praxiser-
33 fahrungen neben dem Studium zu sammeln, steht
34 in der Praxis häufig die Arbeit im Vordergrund. Da-
35 her ist es nur gerecht, Famulaturen entsprechend
36 zu vergüten. Dafür spricht, neben den o.g. Grün-
37 den auch das oft immense Arbeitspensum, das auf
38 Famulant*innen zukommt sowie die allgemein an-
39 gespannte Situation im Pflege- und Gesundheitsbe-
40 reich.